

EINIGUNG BEI DER POST!?

Hier findet ihr eine Einordnung zu den aktuellen Tarifentwicklungen bei der Post: Das ist der aktuelle Stand, so bewerten Beschäftigte die Einigung zwischen ver.di und Konzern – und so geht es jetzt weiter.

Das ist der aktuelle Stand:

Vergangenen Donnerstag teilte ver.di das Ergebnis der Urabstimmung mit: 85,9 % der Beschäftigten stimmten gegen das „Angebot“ des Konzerns und erklärten damit ihre Bereitschaft zum unbefristeten Arbeitskampf. Das Angebot war von ver.di zu Recht als völlig unzureichend zurückgewiesen worden. Daraufhin baten die Konzernbosse um erneute Verhandlungen, und legten ein zweites Angebot vor – das die Gewerkschaft akzeptierte. Deshalb folgt nun direkt eine erneute Urabstimmung, in dem ver.di den Beschäftigten empfiehlt, auf Streiks zu verzichten und das nun um 25 % verbesserte Angebot anzunehmen. Da Gewerkschaften üblicherweise nur in den Erzwingungsstreik gehen, wenn mind. 75 % dafür stimmen, gilt das Angebot bereits bei Zustimmung eines Viertels der Mitglieder als angenommen.

Im Kern beinhaltet das Angebot (neben einer gestückelten Einmalzahlung) durchschnittlich 11 % mehr Lohn in zwei Jahren – und kann die Inflation damit nicht ausgleichen: 2022 lag die Inflation bei knapp 8 %, für 2023 werden zusätzlich 5-6 % erwartet. Das Angebot liegt unterm Strich darunter und gleicht erst recht nicht die Reallohnverluste der Jahre davor aus - obwohl der Konzern im Geld schwimmt. Trotz eines Rekordgewinns von 8,4 Milliarden lässt der Postkonzern sich die steuerfreie Inflationsausgleichszahlung mit ca. 100 Millionen Staatsgeldern bezuschussen.

Details zum Angebot findet ihr [in dieser Pressemitteilung von ver.di](#).

So schätzen Beschäftigte das Angebot der Post und die Situation ein:

Unterm Strich ist das Angebot nicht wesentlich besser als das erste, wird aber umso besser verkauft. Die öffentliche Kommunikation von verdi ist komplett gegensätzlich zu vor einer Woche und ähnelt jetzt der ursprünglichen Arbeitgeber-Kommunikation:

- 24 Monate Laufzeit waren bisher inakzeptabel (weil unsicher), jetzt ist es in Ordnung. Unterm Strich bleibt eine zu geringe Lohnerhöhung bei zu langer Laufzeit.
- Bisher galt ein inflationsausgleichendes Angebot als Minimum, jetzt verkauft man Reallohnverluste als Erfolg.
- Das Jahr 2023 wurde beim ersten Angebot noch als Nullrunde bezeichnet. Das bleibt es beim neuen Angebot letztlich auch, aber ver.di weist den Begriff jetzt von sich.
- Die Einmalzahlungen wurden bisher zu Recht als unzureichend zurückgewiesen, jetzt sei damit "schnell Geld in der Tasche".
- Das "Maximalangebot" der Arbeitgeber wurde bisher als Bluff bezeichnet, jetzt als Realität.

Viele Kolleg:innen sind wütend, weil sie erst vor ein paar Tagen mit 86% für den Streik gestimmt haben, um ein besseres Angebot zu bekommen. Vertrauensleute und Betriebsrät:innen haben wochenlang alles gegeben und Mehrheiten für den unbefristeten Streik organisiert. Der Erzwingungsstreik war schon geplant, wir waren kurz davor, Schulter an Schulter mit dem öffentlichen Dienst in den Streik zu gehen. Der Frust ist groß, jetzt so abgespeist zu werden. Das Ergebnis hat auch negative Auswirkungen auf Kolleg:innen im Öffentlichen Dienst und bei der EVG, die sehr genau auf uns schauen. Die EVG-Jugend hat schon mal klar gesagt: Bei einem solchen Angebot würde sie ihren Mitgliedern Ablehnung empfehlen.

...und jetzt!?

Gerade ist die Stimmung in der Belegschaft mies, aber diese unschöne Situation kann auch der notwendige Ruck sein, jetzt eine Veränderungsbewegung innerhalb ver.di anzustoßen. Die Unzufriedenheit unter den Vertrauensleuten ist groß, es gibt Kritik an der Gewerkschaftsführung.

Jetzt beginnt erstmal die erneute Urabstimmung. Wo ihr Kontakt mit Postbeschäftigten habt, ist es sinnvoll, mit ihnen über das Ergebnis zu sprechen und Räume für die Kolleg:innen zu schaffen, in denen über die Urabstimmung diskutiert werden kann - davon gibt es gerade zu wenig. Dass 75 % der Kolleg:innen das Angebot entgegen der Empfehlung ablehnen, ist nicht zu erwarten – aber ein Zeichen kann damit sehr wohl gesetzt werden.

Ein solches Signal, dass die Beschäftigten sich nicht mit Krümeln zufrieden geben, während sich das Geld in den Chefetagen immer weiter auftürmt, würde auch ver.di und anderen Gewerkschaften eine stärkere Verhandlungsposition geben. Sowohl in den aktuell anstehenden Tarifrunden in den nächsten Wochen, als auch in der nächsten Runde bei der Post. Es wäre ein starkes Signal, um zu zeigen: Die Kolleg:innen wissen, dass ihnen mehr zusteht als sie bekommen.

